



Protokollauszug zum BAUAUSSCHUSS

am Donnerstag, 12.05.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Sondernutzungssatzung - Fortschreibung
Gestaltungsrichtlinie

Vorl.Nr. 137/22

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung. Er vertrete in heutiger Sitzung die erkrankte BMin Schwarz. In seiner ersten Bauausschusssitzung als reguläres Mitglied begrüßt er besonders Stadtrat Weiss.

BM Mannl ruft sodann Tagesordnungspunkt 1 auf.

Eine **Mitarbeiterin** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales führt in das Thema anhand einer Präsentation ein (vgl. Anlage zur Niederschrift). Die Sondernutzungssatzung solle fortgeschrieben werden. Im Einzelnen stellt sie die Überarbeitungsbereiche vor. Dabei seien die verschiedenen Standpunkte der Akteure abzuwägen. Vor Eintritt in die Phase der Erarbeitung und Beteiligung solle nun der Gemeinderat angehört werden, welche Themen besonders wichtig seien. Die Anregungen würden dann im weiteren Verfahren berücksichtigt.

Der **Stabsstellenleiter** Wirtschaftsförderung führt aus, dass die Satzung auf das Nötigste reduziert werden solle. Ziel sei es, keine übertriebenen Regelungen zu treffen, sondern mit den Innenstadtakteuren in Gespräche zu kommen. Die Stadt wolle lösungsorientiert vorgehen.

Stadträtin **Dr. Knoß** findet, dass nichts verordnet werden solle, was am Ende nicht auch kontrolliert werden könne. Sie wünscht sich kein Durcheinander in der Stadt und gleichzeitig keine grundlose Einheitlichkeit. Die vorhandenen großzügigen Gastronomie-Außenflächen sollten nicht ausufern. Der öffentliche Raum soll auch für andere Zwecke freigehalten werden. Als Problem in der Innenstadt sieht sie die Falschparker, die regelmäßig kontrolliert werden sollten. Die unbesetzten Stellen des Kommunalen Ordnungsdienstes sollten ggf. auch in Teilzeit besetzt werden, um die Kontrollen durchzuführen.

Die Regelungen sollten großzügig und unbürokratisch getroffen werden, so Stadtrat **Link**. Die Stadt solle nicht fad wirken. Die Belegung des Markplatzes mit Gastronomie findet er positiv, nur die Arkaden und Laufwege sollten freigehalten werden.

Der Ansatz sollte aus Sicht von Stadtrat **Zeltwanger** sein, wie etwas ermöglicht werden könne. Die

wirtschaftliche Situation sei für die Händler ohnehin nicht rosig. Wichtig sei, dass gleiches Recht für alle gelte und die Regelungen nachvollziehbar seien, denn eine attraktive Innenstadtentwicklung sei das Ziel aller. Bei der Satzung sollte sich auf das Wesentliche konzentriert werden und Eigenheiten zugelassen werden.

Stadträtin **Liepins** zufolge sei die bestehende Satzung zu streng und detailreich. Die Beteiligung
TOP 1 Sondernutzungssatzung - Fortschreibung Vorl.Nr. 137/22
Gestaltungsrichtlinie

der Händler sei lobenswert, werde den Prozess aber wahrscheinlich komplex werden lassen. Der Gemeinderat werde am Ende die Satzung beschließen. Die Erweiterung der Gastronomiefläche auf dem Marktplatz sei vom Gemeinderat beschlossen worden; Stadträtin Liepins fragt, ob dies auch für die Eberhardstraße passiert sei. Das Verfahren werde im Übrigen von der Fraktion unterstützt.

Stadtrat **Eisele** findet die Überarbeitungsbereiche gut und komplett. Jetzt sei es eine andere Situation in der Innenstadt mit vielen Leerständen, als vor ein paar Jahren. Die Händler wollten sich nicht gegängelt fühlen und durch eine Reduzierung der Regelungen könnte dies erreicht werden. Ein voller und ausgenutzter Marktplatz sei für ihn attraktiv. Er könnte sich vorstellen, aufgrund von Coronapandemie und Ukrainekrieg eine Übergangssatzung und danach eine neue Satzung zu erstellen.

Stadtrat **Weiss** fragt, welche Akteure beteiligt werden, und merkt an, dass jede Satzung jederzeit verändert werden kann.

Für Stadtrat **Braumann** sei dies eine wichtige Satzung. Kommunikation sei alles bei diesem Thema. Er bittet darum, mit Maß und Ziel vorzugehen. Wichtig sei ebenfalls, wie die Händler bei etwaigen Verstößen angesprochen werden.

Der **Stabsstellenleiter** Wirtschaftsförderung führt aus, dass die Satzung von einem Team der Verwaltung, Vertretern von LUIS e.V. und dem Bund der Selbständigen erarbeitet werde. Weitere Vorschläge für Beteiligte könnten gerne noch eingereicht werden. Die Situation in der Eberhardstraße sei vom Gemeinderat beschlossen worden und stelle in den Sommermonaten sicherlich eine Bereicherung dar. Für den Marktplatz sei eine dauerhafte Erweiterung der Sondernutzungszone denkbar, aber in Grenzen.

BM **Manni** dankt dem Gremium für die Rückmeldungen. Die Corona-Sonderregelungen, auch für die Eberhardstraße, würden bis Ende 2023 gelten. Wichtig sei, dass durch die Satzung Klarheit für alle entstehe. Die verschiedenen Interessen müssten in Einklang gebracht werden, er plädiert hier für eine pragmatische Herangehensweise. Bezüglich der Kontrollen seien die Rotationen und Abläufe beim Kommunalen Ordnungsdienst verändert worden. In naher Zukunft sei eine gezielte Personalkampagne geplant. Er verpflichtet bei, dass die Ansprache angemessen sein muss, hier lege die Stadt Wert auf Qualität.

Stadtrat **Zeltwanger** stellt eine Nachfrage zum Geltungsbereich. Für den Marktplatz plädiert er dafür, die Mitte freizuhalten und den Platz von den Rändern nach innen zu entwickeln.

Der **Stabsstellenleiter** Wirtschaftsförderung erläutert, dass die Einteilung der Zonen ebenfalls

überprüft werde. Die Regelungen würden im gesamten Stadtgebiet gelten, mit einer besonderen Detailschärfe für die Innenstadt.

Beratungsverlauf:

BM **Manni** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf.

Es erfolgt ein Bericht durch einen **Mitarbeiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales und einen **Mitarbeiter** des Büros EGS-Plan Stuttgart anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Die Kommunen seien verpflichtet, einen Kommunalen Wärmeplan zu erstellen, der alle sieben Jahre fortgeschrieben werde. Der Mitarbeiter von EGS-Plan erläutert die Prozessphasen. Am Ende des Prozesses werde ein Plan stehen, der aufzeigt, wie eine klimaneutrale Wärmeversorgung in der Stadt aussehen kann. Die zwei Hauptmaßnahmen seien die Umstellung auf erneuerbare Energieträger und die Einsparung von Energie. Für in der Stadt verteilte Cluster werden Empfehlungen erarbeitet. Die Aspekte Wärmepumpen und Fernwärme werden sicherlich in der Vorschlagsliste enthalten sein.

Für Stadtrat **Sorg** ist es wichtig, dass das Land zu einer solchen Untersuchung verpflichtet und die Kommunen an die Hand nimmt. Die aufgezeigten Effizienzen seien gut, aber nicht ausreichend. Er fragt, wie sich das Szenario 1 mit dem Pariser Abkommen deckt, und ob die Ziele noch schneller erreicht werden können. Die Weichen für die Dekarbonisierung müssten jetzt gestellt werden. Die Portfolios mit dem größten Potential sollten genutzt werden. Interessant seien die Ansätze der Bodenwärme und der Wärmegewinnung aus Abwasser. Hier sei die Frage, in welchem räumlichen Maßstab geplant werde, und wer die Planungen umsetzt, die Stadtwerke oder die Stadt. Stadtrat Sorg interessiert sich für die Planungen des Fernwärmekraftwerks im Fuchshof und ob Änderungen geplant seien. Abschließend fragt er nach den Sachständen von anderen Gutachten, die die Stadt derzeit beauftragt hat, z.B. zur Nutzung von Abwasserwärme. Er fordert, schnellstmöglich mit der Umsetzung zu beginnen.

Stadtrat **Braumann** strebt eine mittelfristige Umsetzung an. Es sollte das umgesetzt werden, was realistisch erreichbar und finanziell leistbar sei. Der Gemeinderat soll Herr des Verfahrens bleiben. Die richtigen Instrumente seien vorhanden. Bei allem sollte die Bürgerschaft mitgenommen werden; auch unter dem Aspekt, was jeder Einzelne tun könne.

Stadtrat **Weiss** zufolge seien schon viele Studien zu diesen Themen erarbeitet worden. Mit der Wärmeplanung würden gute Ansätze geliefert, denn die Energieversorgung werde einen hohen Stellenwert erlangen. Der Energieverbrauch müsse drastisch gesenkt werden, dies müsse in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern geschehen. Die vorgestellten Punkte der Studie würden ihn überzeugen und es müsse schnell mit der Umsetzung begonnen werden. Er schlägt weiterhin vor, mit den Akteuren und Unternehmen der Weststadt zu sprechen, die in vielen Bereichen bereits innovative Projekte vorangetrieben haben.

Stadtrat **Juranek** führt aus, dass das Thema dramatisch an Aktualität gewonnen habe. Man müsse mit viel Energie und Personal daran arbeiten. Ziel sollte sein, mit der ganzen Stadtgesellschaft die Planungen und Wissensvermittlungen voranzubringen. Viele Werkzeuge seien bekannt, die Energiepotentiale aus Abwasser seien für ihn überraschend. Insgesamt sei gute Vorarbeit geleistet worden und eine umfangreiche Datengrundlage vorhanden, was für die dann folgenden

Maßnahmen positiv sei.

Dass das Thema bearbeitet werden muss, sei allen klar, so Stadtrat **Eisele**. Die Stadtwerke sollten unbedingt einbezogen werden. Er regt an, die Maßnahmen im „Neuen Westen“ in Esslingen als gutes Beispiel heranzuziehen. Die dortige Planung sei eventuell auch für den Fuchshof anwendbar oder auch für den Bestand möglich. Zur Energieversorgung im Fuchshof kündigt er einen Antrag

TOP 2

Aktueller Stand der Kommunalen Wärmeplanung
- mündlicher Bericht

Vorl.Nr. 132/22

der FDP-Fraktion an, der noch schriftlich eingereicht werde. Der Aspekt der Nutzung von Abwärme von Rechenzentren sei auch wichtig aus seiner Sicht.

Der **Mitarbeiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales geht auf die Fragen ein. Die Energiekonzeption sei ebenfalls vom Büro EGS-Plan erstellt worden. Die Umsetzungen bedeuten eine große Aufgabe für die Stadt. Bei vielen Teilbereichen seien schon umfangreiche Vorarbeiten und Studien gemacht worden. In diesem Zusammenhang spricht er das städtische Förderprogramm zum Dämmen an. Die Erreichung der Ziele des Pariser Abkommens habe das Land für 2040 beabsichtigt. Ein früherer Zeitkorridor ist in Überlegung.

Planungsziel für die Wärmeplanung sei 2040, für das Jahr 2030 werde ein Zwischenschritt ausgearbeitet, so der **Mitarbeiter** des Büros EGS-Plan Stuttgart. Zu den Potentialen der Abwasser-Wärme gebe es bereits Untersuchungen. Die Erreichung der Klimaneutralität sei das ganzheitliche Ziel, das erreicht werden müsse. Durch die Untersuchung werde aufgezeigt, welche technischen Möglichkeiten vorhanden sind. Zuerst werden die Grundlagen erhoben, aus denen sich dann konkrete Maßnahmen ableiten. Die Potentiale des Landwirtschaftsbereichs betreffen die Freiflächen, die gezielt untersucht werden. Die Beispiele aus Esslingen können näher in den Blick genommen werden, wobei die Rahmenbedingungen genau verglichen werden müssen.

Stadtrat **Link** zufolge stelle sich für Privathaushalte vor allem die Frage nach der besten Heizungsart.

Die Frage des angekündigten FDP-Antrags nach der Energieversorgung interessiert auch Stadtrat **Sorg**. Er fragt, ob das Blockheizkraftwerk mit fossilen Energieträgern vom Tisch sei. Außerdem fragt er nach dem Bilanzrahmen bei der Erreichung der Klimaneutralität.

In Bezug auf den Wärmebedarf stellt Stadträtin **Dr. Knoß** die Frage, ob durch Verzicht auf Annehmlichkeiten auch Einsparpotential vorhanden sei und in welcher Höhe. Es gehe auch um eine gesellschaftliche Veränderung.

Auf die Nachfrage von Stadtrat **Juranek** zur Bewertung von Biogas antwortet der **Mitarbeiter** des Büros EGS-Plan Stuttgart, dass dieser Aspekt in die Bewertungen mit aufgenommen werde.

Die Frage nach der geeignetsten Heizungsart komme stark auf die örtliche Gegebenheit an, so der **Mitarbeiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales, daher sei es wichtig, ein Instrument wie die Kommunale Wärmeplanung zu erarbeiten, was diese Frage beantwortet. In Bezug auf das Blockheizkraftwerk am Fuchshof werde tatsächlich über eine Veränderung nachgedacht. Die Stadtwerke seien insgesamt eng eingebunden. Die Unternehmen in der Weststadt würden über Projekte mit den Stadtwerken eingebunden.

Der **Mitarbeiter** des Büros EGS-Plan Stuttgart sieht bei den Privathaushalten das Ziel der Fernwärmeversorgung, ansonsten seien Wärmepumpen das Mittel der Wahl. Die Grafik in der Präsentation zeige im blauen Bereich die Einsparungen, die mit 40 % angestrebt werden. Ein Grad weniger Heizleistung in Wohnungen oder öffentlichen Gebäuden würde 5 % Energie einsparen. Die Kommunale Wärmeplanung schlage eine Strategie und Begleitung des Transformationsprozesses vor.

BM **Manni** dankt abschließend für die Anregungen aus dem Gremium und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.